

Schlüssel für die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt:
Strategien für Wirtschaft, Verwaltung und Politik



Arbeitsmarkt- strategien Zug um Zug zum Erfolg

Prof. Dr. Maria Böhmer
Qualifizierung –
Basis für Erfolg

Armin Laschet
Zuwanderung birgt
Chancen und Risiken

Necla Kelek
Eine Sprache zu
sprechen ist Reichtum

Heinz Buschkowsky
Die Zukunft liegt
in der Bildung

EDITORIAL

Bildung und berufliche Qualifizierung – Basis für Integration



Prof. Dr. Maria Böhmer,
Staatsministerin für
Integration im
Bundeskanzleramt und
Beauftragte der
Bundesregierung für
Migration, Flüchtlinge und
Integration

Ob im Kindergarten, in der Schule oder am Ausbildungsplatz: Viele Jugendliche in Deutschland kommen aus Einwandererfamilien. In den großen westdeutschen Städten liegt ihr Anteil bei fast 40 Prozent. Die Integration dieser Jugendlichen ist eine zentrale Herausforderung für unsere Bildungseinrichtungen und umfasst alle Bereiche vom Kindergarten über die Schule, von der Jugendhilfe bis in die Berufswelt. Die neue Bundesregierung wird sich dieser gesellschaftlichen Herausforderung stellen. Zentrales Anliegen dabei ist es, die Bildungs- und Ausbildungssituation für junge Migrantinnen und Migranten gezielt zu verbessern – und damit auch ihre Berufschancen.

Die Datenlage macht den Handlungsbedarf deutlich: Die Ausbildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen ist seit Mitte der neunziger Jahre um fast 40 Prozent gesunken. Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer ist mehr als doppelt so hoch wie die der Erwerbslosen insgesamt. Trotz dieser unbefriedigenden Zahlen gibt es gleichwohl zahlreiche junge Migranten, die es „geschafft“ haben und einen guten Abschluss erreicht haben. Auch die wachsende Zahl von Unternehmern mit Migrationshintergrund sollte uns Mut machen. Doch dürfen wir nicht nur nach Ausbildungsplätzen fragen, sondern auch nach der Ausbildungsreife der Bewerber. Auch die Eltern müssen die Bildungsferne überwinden lernen – im Interesse ihrer Kinder.

Wir müssen aber zugleich neue Wege beschreiten. Daher setze ich mich für bessere Ausbildungsmöglichkeiten von jungen Migranten im Rahmen des Ausbildungspakts ein. Auch die Wirtschaft sollte im Rahmen einer Selbstverpflichtung ihren Beitrag zur Integration leisten. Gleichzeitig sollen Migrant*innen durch Ausbau und Absicherung der beruflichen Nachqualifizierung eine „zweite Chance“ erhalten. So können sich Gesellschaft und Wirtschaft dieser Herausforderung annehmen.

INHALT

HINTERGRUND – Arbeitsmarktstrategien in Deutschland	Seite 04
SCHWERPUNKT – Chancen, Herausforderungen und Perspektiven	Seite 06
INTERVIEW – Buchautorin Necla Kelek	Seite 08
POLITIK – Nordrhein-Westfalen setzt auf Integration	Seite 10
VOR ORT – Brennpunkt Neukölln	Seite 12
NACHRICHTEN	Seite 15
DER BLICK ZUM NACHBARN (4) – Spanien	Seite 16
EUROPA – Nationale Integrationsstrategien	Seite 18
UNTERNEHMEN – Die Stärken stärken	Seite 20
STRATEGIEN KOMMUNALER INTEGRATIONSPOLITIK – Integration findet vor Ort statt	Seite 22



Arbeitsmarktstrategien in Deutschland

Von Jürgen v. Bockum

Wenn Deutschland seinen Platz in der Weltwirtschaft behaupten und seinen Wohlstand nicht weiter verlieren will, braucht es nicht zuletzt aufgrund des fehlenden eigenen Nachwuchses Menschen aus anderen Ländern, die das notwendige Wirtschaftswachstum sichern sowie die sozialen Sicherungssysteme bewahren. Hierzu sind geeignete Zuwanderungsregelungen zwingende Voraussetzung. Es bedarf eines Steuerungselements, das zielorientiert die Notwendigkeiten der einheimischen Wirtschaft und Gesellschaft im Auge hat sowie Menschenwürde und Lebensplanung der Zuwanderer angemessen Geltung verschafft. Mit den Anwerbeabkommen vor 50 und 40 Jahren, mit der Greencard-Regelung und dem jetzigen Zuwanderungsgesetz hat Deutschland mit unterschiedlichen Strategien auf die jeweils aktuelle Arbeitsmarktsituation reagiert.

Den Anfang machten die Anwerbeabkommen

Mit der Unterzeichnung der „Vereinbarung über Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland“ vom 20. November 1955 wurde die praktische Durchführung der Arbeitsvermittlung in Italien von der Anforderung der deutschen Betriebe über die Auswahl der Bewerber in Italien bis hin zu Anreise, Lohnfragen und Familiennachzug staatlich geregelt. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik verlief so günstig, dass auch weiterhin viele Arbeitskräfte gebraucht wurden. Daraufhin schloss Deutschland 1960 weitere Abkommen mit Griechenland und Spanien, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal. Das deutsch-italienische Abkommen diente dabei als Vorbild.

Die Arbeitsplätze der Migranten erforderten keine oder nur geringe Qualifizierung, so dass die Migranten als ungelernete oder angelernte Arbeiter ihr Geld verdienten. Ging man zunächst davon aus, dass angeworbene Arbeiter nach spätestens zwei Jahren Deutschland wieder verlassen und durch neue ersetzt werden, so setzte sich bald die Erkenntnis durch, dass man auf diese Weise eingearbeitetes, vertrautes Personal verlieren könnte.

Die Anwerbeabkommen waren aus damaliger Sicht richtig und erfolgreich, sie waren auf eine Arbeitsmarktsituation passgenau zugeschnitten, in der für ungelernete beziehungsweise anzulernende Arbeitskräfte genügend Beschäftigung vorhanden war. Gezielte Integration in die deutsche Gesellschaft wurde nicht angestrebt, weder vom Gastland noch von den Gastarbeitern, denn beide gingen stillschweigend von einer Rückkehr aus. Diese Annahme hat sich jedoch nicht bewahrheitet. Wenn es auch die Großunternehmen als Arbeitgeber nicht mehr oder so nicht mehr gibt, sind die damaligen Arbeitskräfte in großer Zahl geblieben. Sie haben Familienangehörige nachgezogen, geheira-

tet und Kinder aufgezogen, die in Deutschland geboren sind. Obwohl es keine offizielle Integrationspolitik gab, ist das Miteinander offenbar gelungen.

Die Greencard als Branchenlösung

Mit der so genannten Greencard reagierte im Jahr 2000 die deutsche Bundesregierung auf den Fachkräftemangel in der Computerbranche. Die deutschen Hochschulabsolventen konnten den Bedarf nicht decken. Aus der großen Zahl arbeitsloser Akademiker, darunter viele Ingenieure, waren die vorhandenen Stellen nicht zu besetzen.

Die Greencard trat in Deutschland am 1. August 2000 als „Verordnung über Aufenthaltserlaubnisse für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-AV)“ in Kraft. Mit diesem Sofortprogramm wollte die Bundesregierung durch die Rekrutierung von Fachkräften, aus einem Land außerhalb der Europäischen Union, kurzfristig den Bedarf an Experten aus dem Bereich der Informationstechnik decken. Die begriffliche Anlehnung an die US-amerikanische Greencard ist dabei nicht zutreffend, da die deutsche Greencard erhebliche Einschränkungen aufwies: Die Aufenthaltserlaubnis wurde maximal auf fünf Jahre befristet und die Rekrutierungsperiode zunächst auf drei Jahre festgesetzt, so dass nach insgesamt acht Jahren diese Arbeitsmöglichkeit in Deutschland auslaufen sollte. Zudem wurde die Zielgruppe sehr genau definiert. Die Greencard konnten nur Fachkräfte der IT-Branche erwerben, die entweder einen entsprechenden Hochschulabschluss vorweisen konnten oder mindestens 50.000 Euro Arbeitseinkommen verdienten. Die Anzahl der zu vergebenden Greencards wurde zunächst auf 10.000 begrenzt, dann auf 20.000 erhöht. Das Kontingent wurde nicht ausgeschöpft; durch den Zusammenbruch der New Economy und des Neuen Marktes lässt sich der angestrebte Erfolg ohnehin schlecht bewerten.



Foto: Bertelsmann-Stiftung, Thomas Kunsch

An dieser Branchenlösung hat sich gezeigt, dass gezielte Anwerbung eine Möglichkeit darstellt, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kurzfristig zu beheben. Es hat sich ebenfalls gezeigt, dass konkrete Qualifikationsprofile, hinreichende Deutschkenntnisse und intelligente Beratungsangebote für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration unerlässlich sind. Es hat sich aber auch erwiesen, dass eine stringente Behandlung der Arbeitsmigranten zu vermeiden ist.

Zuwanderungsgesetz = gesteuerte Zuwanderung

Mit dem Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, wird erstmals ein Rechtsrahmen vorgegeben, durch den die Zuwanderung im Ganzen gesteuert und wirksam begrenzt werden kann. Gleichzeitig werden erstmals Maßnahmen zur Integration der auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Zuwanderer gesetzlich verankert. Analog der Regelungen in den übrigen EU-Staaten wird erstmalig festgelegt, dass die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands Vorrang haben sollen. Im Aufenthaltsgesetz ist der Grundsatz festgelegt, dass die Zulassung ausländischer Beschäftigter und Selbstständiger sich an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland orientiert. Hierbei müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und das Erfordernis, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, berücksichtigt werden.

Für Nicht- und Geringqualifizierte, aber auch für Qualifizierte wird der Anwerbestopp grundsätzlich beibehalten. Staatsangehörige der EU-Beitrittsstaaten erhalten Zugang zum Arbeitsmarkt bei qualifizierten Beschäftigungen unter Beachtung des Vorrangprinzips, das heißt: soweit für den Arbeitsplatz kein Deutscher oder Gleichberechtigter zur Verfügung steht. Staatsangehörige der EU-Beitrittsstaaten haben jedoch Vorrang gegenüber Angehörigen aus Dritt-

staaten. Für Hochqualifizierte ist eine Niederlassungserlaubnis von Anfang an vorgesehen.

Selbstständige können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder regionales Bedürfnis besteht, die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und die Finanzierung gesichert ist. Dies ist in der Regel gegeben, wenn mindestens zehn Arbeitsplätze geschaffen und mindestens eine Million Euro investiert werden. Nach drei Jahren besteht die Möglichkeit zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, wenn sich die geplante Tätigkeit erfolgreich verwirklicht hat und der Lebensunterhalt gesichert ist.

Eine Bewertung der Funktionsfähigkeit des Zuwanderungsgesetzes ist in der kurzen Zeitspanne des Inkrafttretens nicht möglich. Da im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung eine Evaluation vereinbart wurde, muss das Ergebnis abgewartet werden.

Strategie

Strategien sind Konzepte zur Erreichung eigener Ziele. Sie müssen zu ihrer Durchsetzung den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und ein Instrumentarium vorhalten, das die eigenen Kräfte maximiert und auf die Absichten der beteiligten Akteure zielorientiert reagiert.

Strategie ist langfristig angelegt. Dagegen ist Taktik die aktuelle Aktivität, um eigene Ziele zu erreichen. Beide Begriffe haben ihre Wurzeln im Militärischen.



Chancen, Herausforderungen und Perspektiven der Integration

Von Prof. Dr. Michael Bommès

Die Frage nach der Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt lässt sich in einer doppelten Perspektive diskutieren. Zum einen stellt sich die Frage nach der Stellung der Migranten und ihrer Nachkommen auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Dies ist eine in der Migrationsforschung seit vielen Jahren diskutierte Fragestellung. Zum anderen lassen sich die Auswirkungen von Arbeitsmigration auf Arbeitsmärkte und Lohnstrukturen der Zielländer in den Blick nehmen. Diese Fragestellung wird vor allem von der Wirtschaftswissenschaft bearbeitet.

Zu beiden Fragestellungen finden sich in der Wissenschaft unterschiedliche Auffassungen und Interpretationen. Gleichwohl lassen sich einige unumstrittene Trends und Einschätzungen erkennen. So geht die Migrationsforschung mittlerweile davon aus, dass trotz einer verbesserungsfähigen Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern und ihren Nachkommen eine dauerhafte Arbeitsmarktexklusion nicht feststellbar und die sozio-ökonomische Situation der Mehrheit der Zuwanderer nicht sinnvoll entlang der Trennlinie Ausländer/Staatsbürger analysierbar ist. Die ökonomische Lage der einst als Arbeitsmigranten beiderlei Geschlechts ins Land geholt und nach wie vor in Beschäftigung befindlichen Ausländer wird in verschiedenen Studien – auch und gerade in einem europäischen Vergleich – als relativ befriedigend und stabil eingeschätzt.

Michael Bommès (51) ist Professor für Soziologie/Methodologie interkultureller und interdisziplinärer Migrationsforschung. Er ist Vorsitzender des bundesweiten Rates für Migration (RfM); Sprecher der Sektion Migration und ethnische Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seit 2005 ist er Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück.

Weniger im Vordergrund der Migrationsforschung standen jedoch die Auswirkungen von Migration auf Arbeitsmärkte und Lohnstrukturen. Trotz einer verbreiteten Krisenrhetorik und dem Schreckensbild einer „Einwanderung in die Sozialsysteme“ wird der Einfluss von Migration auf Arbeitsmärkte und Lohnstruktur oftmals überschätzt. Die für Deutschland verfügbaren Studien weisen auf geringe Auswirkungen von Migration auf Löhne und Beschäftigungsniveau der einheimischen Bevölkerung hin.

In das Spannungsfeld von Migration und Arbeitsmarkt gehört zudem auch die während der Diskussionen um das Zuwanderungsgesetz viel diskutierte Frage des Bedarfs an Zuwanderern zur Überbrückung von Arbeitsmarktengpässen. Dabei geht es weniger um die grundsätzliche Frage, ob eine flexible und unbürokratische, am Arbeitsmarkt ausgerichtete Zuwanderungspolitik generell möglich sein soll, sondern um die konkrete Ausgestaltung und Organisation von Zuwanderung. Dabei stehen sich zwei Positionen gegenüber: Zum einen werden in Wissenschaft und Politik Instru-

Trotz einer verbreiteten Krisenrhetorik und dem Schreckensbild einer „Einwanderung in die Sozialsysteme“ wird der Einfluss von Migration auf Arbeitsmärkte und Lohnstruktur oftmals überschätzt.

mente wie Punktesysteme oder spezielle Visa-Kategorien diskutiert. Dies unterstellt eine grundsätzliche staatliche Steuerungsfähigkeit von Einwanderung. Zum anderen werden insbesondere unter liberalen Wirtschaftswissenschaftlern radikale, marktorientierte Varianten vorgeschlagen: nämlich Einwanderung grundsätzlich dezentral vermitteln, den Marktmechanismus regulieren, d.h. Rechte auf Einwanderung verkaufen bzw. versteigern. Solche Verfahren sind möglicherweise gegenüber einem „einwanderungspolitischen Sozialismus“ mit festgelegten Höchstquoten, vorab definierten Mindestpunkten oder zentralen Arbeitsmarktprüfungen weitaus effizienter, jedoch kaum politisch umsetzbar.

In Deutschland konzentriert sich die Diskussion über Arbeitsmarktintegration vor allem auf die als zweite Generation bezeichneten Kinder der in den 60er und 70er Jahren nach Deutschland angewor-

benen ausländischen Arbeitskräfte. Für diese Gruppe zeigt sich derzeit, dass die strukturell schwache Position der angeworbenen Arbeitsmigranten sich perspektivisch nachteilig auf die Chancen der zweiten und dritten Generation auswirkt und die zweite Generation die strukturell schwachen Positionen ihrer Väter im verarbeitenden Gewerbe und damit auch ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko gewissermaßen erbt. Perspektivisch sind diesbezüglich im Wesent-

Der Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation muss eine zentrale Rolle in jedem integrationspolitischen Konzept zukommen.

lichen drei Aspekte für eine verbesserte Arbeitsmarktintegration zu bedenken: Der Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation muss eine zentrale Rolle in jedem integrationspolitischen Konzept zukommen. Ohne Verbesserung der Schulabschlüsse und eine Erhöhung der Ausbildungsquoten wird sich für die zweite Generation kein Aufholprozess gegenüber den Einheimischen einstellen. Dabei spielt sicher in Deutschland die duale Ausbildung in Berufsschule und Betrieb eine Schlüsselrolle. Es spricht vieles dafür, dass die im europäischen Vergleich noch relativ erfolgreiche berufliche Integration zu einem wesentlichen Teil der spezifischen Verfassung der dualen Ausbildung geschuldet ist. Daher sollte diesem Modell in der integrationspolitischen Diskussion ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Schließlich muss in dieser Diskussion auch deutlich gemacht werden, dass Migranten auf dem Arbeitsmarkt nicht per se einen Sonderfall darstellen. Migranten gehören zu den Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund einer geringeren Ausstattung an sog. kulturellem Kapital sowie einer geringeren Einbindung in soziale Netzwerke. In der Diskussion über eine verbesserte Arbeitsmarktintegration wird man daher auch nicht umhin kommen, wohlfahrtsstaatliche Sicherungsstrukturen, die für Arbeitsplatzinhaber arbeitsplatzerhaltend wirken, gleichzeitig aber die Permeabilität für Risikogruppen einschränken, zu hinterfragen. Dies gehört in den Kontext der laufenden Auseinandersetzungen um den Umbau des Sozialstaates unter dem Motto „Fördern und Fordern“.

STATEMENT



Otto Kentzler
Präsident des
Zentralverbands des
Deutschen Handwerks
(ZDH)

Migrantinnen und Migranten finden ihren Platz in Beruf und Gesellschaft nur, wenn sie über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Diese sind die Grundlage für jede höhere Qualifizierung. Das Handwerk hat daher einen gemeinsamen „Nationalen Bildungspakt“ angeregt. Ziel ist es, die vorschulische und schulische Ausbildung zu verbessern und schon früh einen Berufsorientierungsprozess zu fördern. Davon werden vor allem auch Migrantenkinder profitieren. Regionale Netzwerke von Schulen, Kammern, Betrieben, Arbeitsämtern und Migrantenorganisationen müssen weiter ausgebaut werden, um Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang von der Schule in die Ausbildung zu unterstützen. Der Meisterbrief besitzt bei ausländischen Gesellen bisher nicht den angemessenen Stellenwert. Wenn sich Ausländer im Handwerk selbstständig machen, dann primär im handwerksähnlichen Gewerbe oder mit relativ kleinen Gründungsvorhaben und ohne öffentliche Förderung. Darum wollen wir hier gezielter informieren und eine spezielle Beratung gründungswilliger Migranten durch die Handwerksorganisationen forcieren.

Eine Sprache zu sprechen ist Reichtum



Necla Kelek, Dr. phil., geboren 1957 in Istanbul, hat in Deutschland Volkswirtschaft und Soziologie studiert und über das Thema „Islam im Alltag“ promoviert. Sie forscht zum Thema Parallelgesellschaften und berät unter anderem die Hamburger Justizbehörde zu Fragen der Behandlung türkisch-muslimischer Gefangener. 2005 erschien ihr Buch „Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland“. Im November 2005 wurde sie für ihr Engagement mit dem Geschwister-Scholl-Preis der Stadt München ausgezeichnet. Im März 2006 erscheint ihr zweites Buch „Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes“ bei Kiepenheuer & Witsch.

clavis: Sie leben seit 38 Jahren in Deutschland, sind hier zur Schule gegangen, haben einen Beruf erlernt, studiert, gearbeitet, unterrichtet, geforscht, veröffentlicht, geheiratet, sind Mutter, besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft und sagen: Ich liebe Deutschland. Was ist so liebenswert an Deutschland?

Necla Kelek: Die Freiheit. Die Möglichkeit sich selbst zu finden. Dass sie auf ihrem Weg begleitet werden können, wenn sie wollen. Dass der Mensch selbst herausgefordert ist, aus sich etwas zu machen. Aber am allerliebsten mag ich die vielen Bücher und die Menschen, mit denen ich kluge Gespräche führen kann, die das Leben ernst nehmen und sich mit sich, der Gesellschaft und der Welt auseinandersetzen. Und dass das sowohl in den Medien, im Beruf und privat stattfinden kann.

In Ihrem neuen Buch „Die verlorenen Söhne“, das im März bei Kiepenheuer & Witsch erscheinen wird, widmen Sie sich der anderen Hälfte der türkisch-muslimischen Gesellschaft: den Vätern, die als Patriarchen das Leben der Familie bestimmen, den Söhnen, die sich von den Müttern vorschreiben lassen, wen sie zu heiraten haben, und den Brüdern, die ihre Schwestern kontrollieren und bestrafen – bis hin zum Ehrenmord. Warum?

Weil nur der Blick auf die Situation der Frauen nicht ausreicht, um das ganze System der türkisch-muslimischen Gesellschaft zu begreifen. Beide Geschlechter spielen ihre Rolle, um die Tradition und Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten. Im neuen Buch geht es um die Rolle der

Söhne und der Väter in der türkisch-muslimischen Gesellschaft.

Das Buch ist unterschrieben mit der Zeile: „Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes“. Weiter schreiben Sie, „ohne befreite Frauen bleiben die Männer verlorene Söhne“ – liegt in der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Trennung des Mannes vom Patriarchat, der Schlüssel für Integration?

Ja. Wer die Integration in die europäische Gemeinschaft möchte, muss seine Töchter und Söhne loslassen, freilassen, damit sie in dieser Gesellschaft ankommen können. Dazu bedarf es der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

In Ihrem Buch kritisieren Sie den mangelnden Willen zur Integration bei vielen Muslimen, deren Vertreter den Dialog mit den Deutschen oft nur als Einladung zur Bekehrung zum Islam verstanden, fordern die Ächtung der Scharia, des islamischen Vergeltungsrechts, das Frauen die Gleichberechtigung verweigere, und appellieren an



Necla Kelek
Die verlorenen Söhne
Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes

3-462-03686-6
Kiepenheuer & Witsch
208 Seiten | Gebunden
Euro (D) 18,90 | sFr 33,40 | Euro (A) 19,4

Nach »Die fremde Braut« ein neues mutiges Buch von Necla Kelek über Täter und Opfer, Patriarchen und Muttersöhne

Anwälte, Lehrer, Politiker, sich nicht zu Komplizen skandalöser Ungleichheit machen zu lassen.

Die Absage an die Scharia ist die Voraussetzung für die Emanzipation, anders wird es keinen Dialog geben und keine Integration, sondern nur ein Neben- und vielleicht Gegeneinander.

Eine der Fragen, die Sie in Ihrem zweiten Buch angehen, lautet: Warum sind so viele muslimische und türkische Jungen Schulversager?

Die Eltern investieren nicht in die Bildung ihrer Kinder. Sie gehen den einfachen Weg, fordern Gehorsam und Respekt. Die Jungen haben keinen Platz zu Hause, höchstens einen Computer für Ballerspiele. Das Haus ist den Frauen vorbehalten. Der Junge schlägt sich draußen mit seinen „Kumpels“ durchs Leben, ohne Liebe und Geborgenheit. Was er dort lernt, ist, sich mit Gewalt durchzusetzen.

Eine weitere Frage, die Sie im Buch beantworten, lautet: Warum sitzen so viele Muslime in deutschen Gefängnissen?

Sie fühlen sich als Prinzen und Paschas. In der Schule müssen sie etwas leisten, um anerkannt zu werden. Das ist anstrengend und den meisten zuviel Mühe. Zuhause werden sie von den Müttern und Schwestern bedient, die können sie kommandieren, nur weil sie Männer sind. Sie erzählen nicht, was sie draußen erleben, wollen das schnelle Geld und geraten an falsche Freunde, die aber selber verloren sind.

Sind nur soziale Benachteiligung und mangelnde Bildungschancen die Ursache dafür? Oder auch die türkisch-muslimische Erziehung und die archaischen Stammeskulturen einer sich ausbreitenden Parallelgesellschaft?

Wenn Migrantorganisationen und Politiker den Schulen die Schuld dafür geben,

dass die Migranten der dritten und vierten Generation kein Deutsch sprechen, behandeln sie die Migranten als Unmündige. Wer kein Deutsch lernt, hat nicht den Willen in dieser Gesellschaft anzukommen. Er möchte in seiner Parallelwelt bleiben, ungestört nach dem Gesetz Allahs leben. Ich höre oft, man könnte auch ohne Deutsch sehr gut hier leben und ohne den Kontakt zu Deutschen, auch das geht.

Wie können wir, die Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, und alle, die dazugehören, die Muslime aus der Parallelgesellschaft herausholen?

Die ersten Ansätze gibt es schon. Eine Voraussetzung ist die Sprache. Die muss jeder lernen. Am besten schon im Kindergarten. Eine Sprache zu sprechen ist Reichtum. Warum diese Forderung als Strafe und Beleidigung gesehen wird, verstehe ich nicht. Übrigens können die Migrantenvertreter, die das behaupten, alle Deutsch. Da kommt einem der Gedanke, ob sie nicht wollen, dass ihre Landsleute, für die sie angeblich sprechen, auch irgendwann mitreden könnten. Diese Vertreter fordern „Deutsch nur als Zweitsprache“. Ich bin da ganz anderer Meinung. Wer in Deutschland leben will, wer mitreden, mitentscheiden, wer erfolgreich sein will, muss gut Deutsch sprechen können.

Was halten Sie für unverzichtbar für das Entstehen eines Dialoges und das Gelingen der Integration? Welche Strategie halten Sie für die beste, um Integration zu forcieren? Wie kann die Integration der hier lebenden Migranten in den ersten Arbeitsmarkt gelingen?

Diese Gesellschaft muss die errungenen Werte selbstbewusst und klug verteidigen. Die Migranten müssen alle Chancen bekommen, in dieser deutschen Gesellschaft anzukommen. Diese Chancen müssen ihnen eröffnet werden. Aber die Migranten müssen dieses Miteinander auch wollen.

Das Interview führte Dieter Müller.

Necla Kelek polarisiert mit ihren Romanen. So haben 60 Migrationsforscherinnen und -forscher in der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 02. 02. 2006 eine Petition veröffentlicht, in der sie Necla Kelek unwissenschaftliche Arbeit mit unseriösen Mitteln vorwerfen. Unter dem Titel „Gerechtigkeit für Muslime!“ haben Dr. Mark Terkesidis und Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu ihre Argumente zusammengetragen. clavis bringt Auszüge aus diesem „offenen Brief“:

(...) Dass Politik mit Hilfe der Medien zur Verbreitung solch unseriöser Literatur beiträgt, um eigene integrationspolitische Fehler im Umgang mit dem Thema Zuwanderung zu verschleiern – diese Entwicklung beobachten wir mit Besorgnis. (...) Wenn auch Unterschiede existieren, was die theoretische Rahmung der Befragungsergebnisse betrifft, so gibt es doch ganz erstaunliche Übereinstimmungen in den Ergebnissen unserer Forschung. Im Großen und Ganzen werden die Ergebnisse gestützt, zu denen auch Necla Kelek gekommen ist, als sie noch wissenschaftlich vorgegangen ist. In der „zweiten Generation“ muslimischer Einwanderer erfährt der Islam eine komplizierte Neuinterpretation, die sowohl mit dem familiären Umfeld als auch mit den Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft interagiert. Diese oft sehr subjektive Neuinterpretation lässt sich nicht einfach über den Kamm des Patriarchalen und Rückschrittlichen scheren. Nun heißt das keineswegs, dass es keine Zwangsheiraten oder keine „Ehrenmorde“ gibt und dass die Gesellschaft nicht aufgerufen ist, dagegen etwas zu unternehmen. Dafür gibt es bekanntlich Gesetze. Arrangierte Ehen wiederum sind u.a. die Folge von „Heiratsmärkten“ zwischen Herkunft- und Einwanderungsländern. Solche „Märkte“ muss man mitnichten begrüßen, aber man sollte ihren Entstehungskontext begreifen: Sie sind das Ergebnis der Abschottungspolitik Europas gegenüber geregelter Einwanderung. Wenn es keine transparenten Möglichkeiten für Einwanderung gibt, nutzen die Auswanderungswilligen eben Schlupflöcher. Das ist ein politisches und kein moralisches Problem. In diesem Sinne macht es keinen - vor allen Dingen wissenschaftlichen - Sinn, solche Phänomene pauschal „dem Islam“ zuzuschreiben, der dann ebenso pauschal der hehren westlichen Zivilisation gegenübergestellt wird. (...)

STATEMENT



Peter Clever

Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Die erfolgreiche Integration von Migranten in unsere Gesellschaft ist ein wichtiges Anliegen der Wirtschaft. Die Erfahrung zeigt, dass sie am besten dort gelingt, wo Migranten aktiv im Erwerbsleben stehen. Dies ermöglicht ihnen nicht nur die Sicherung des Lebensunterhalts und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, sondern erhöht auch die gegenseitige Akzeptanz. Zentrale sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung bleibt daher, mehr Beschäftigungschancen gerade auch für geringer qualifizierte Migranten zu schaffen. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Abschottung oder die Bildung einer parallelen Gesellschaft führen unweigerlich zur Isolation. Integration erfordert die Bereitschaft jedes Einzelnen, ausreichende Sprachkenntnisse zu erwerben, die Eintrittskarte in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben. Sie erfordert auch die Akzeptanz geteilter Grundwerte. Eine Gesellschaft kann nur integrationsfähig sein, wenn ein klares Wertefundament mit Grundregeln für alle existiert, die ein friedliches Miteinander und einen zivilen Umgang ermöglichen.

Nordrhein-Westfalen setzt auf Integration

Von Armin Laschet

Zuwanderung birgt Chancen und Risiken. Zuwanderung ohne eine Integration der Zugewanderten beschränkt die Erfolgsaussichten des Zugewanderten und belastet den Zusammenhalt der Gesellschaft in vielfacher Hinsicht.

Eine gelingende Integration – verstanden als die erfolgreiche Teilhabe der Zugewanderten an Bildung und Beschäftigung, an gesellschaftlichem Leben und politischer Meinungsbildung auf dem Boden der in der Verfassung normierten Grundwerte – ist für beide Seiten von erheblichem Nutzen. Gelingende Integration schafft wertvolle Impulse für Ökonomie, Kultur und das gesellschaftliche Zusammenleben.

Die Vergangenheit aber zeigt, dass Integration sich nicht mit der Zeit von alleine einstellt. Sie muss vielmehr immer wieder hart erarbeitet, ihre Ziele und Methode müssen mitunter erstritten werden. Es ist bezeichnend, dass das Zuwanderungsgesetz, das erstmals ein grundlegendes Integrationsangebot und eine Integrationsanforderung an Neuzuwanderer stellt, erst 50 Jahre nach dem Abschluss des Anwerbevertrages mit der Republik Italien, dem ersten großen Anwerbeabkommen der Nachkriegszeit, in Kraft treten konnte. Es hat also ein halbes Jahrhundert gedauert, bis Deutschland die Zuwanderungswirklichkeit ohne Einschränkung akzeptiert und sich darauf eingestellt hat.

Angesichts der demografischen Herausforderung einer schrumpfenden und insgesamt älter werdenden Bevölkerung ist unser Land verstärkt auf die optimale Nutzung aller Potenziale und Ressourcen angewiesen. Vor diesem Hintergrund wird die Integration Zugewandelter immer mehr an Bedeutung gewinnen; denn die relativ günstige Altersstruktur der Menschen mit

Nordrhein-Westfalen ist wie kein anderes Bundesland von Zuwanderung geprägt – in seiner Geschichte und in der Gegenwart. Fast ein Viertel der hier lebenden Menschen weist in der Familie eine Zuwanderungsgeschichte auf; d. h. entweder die jeweilige Person oder ein Elternteil ist außerhalb der deutschen Staatsgrenzen geboren.

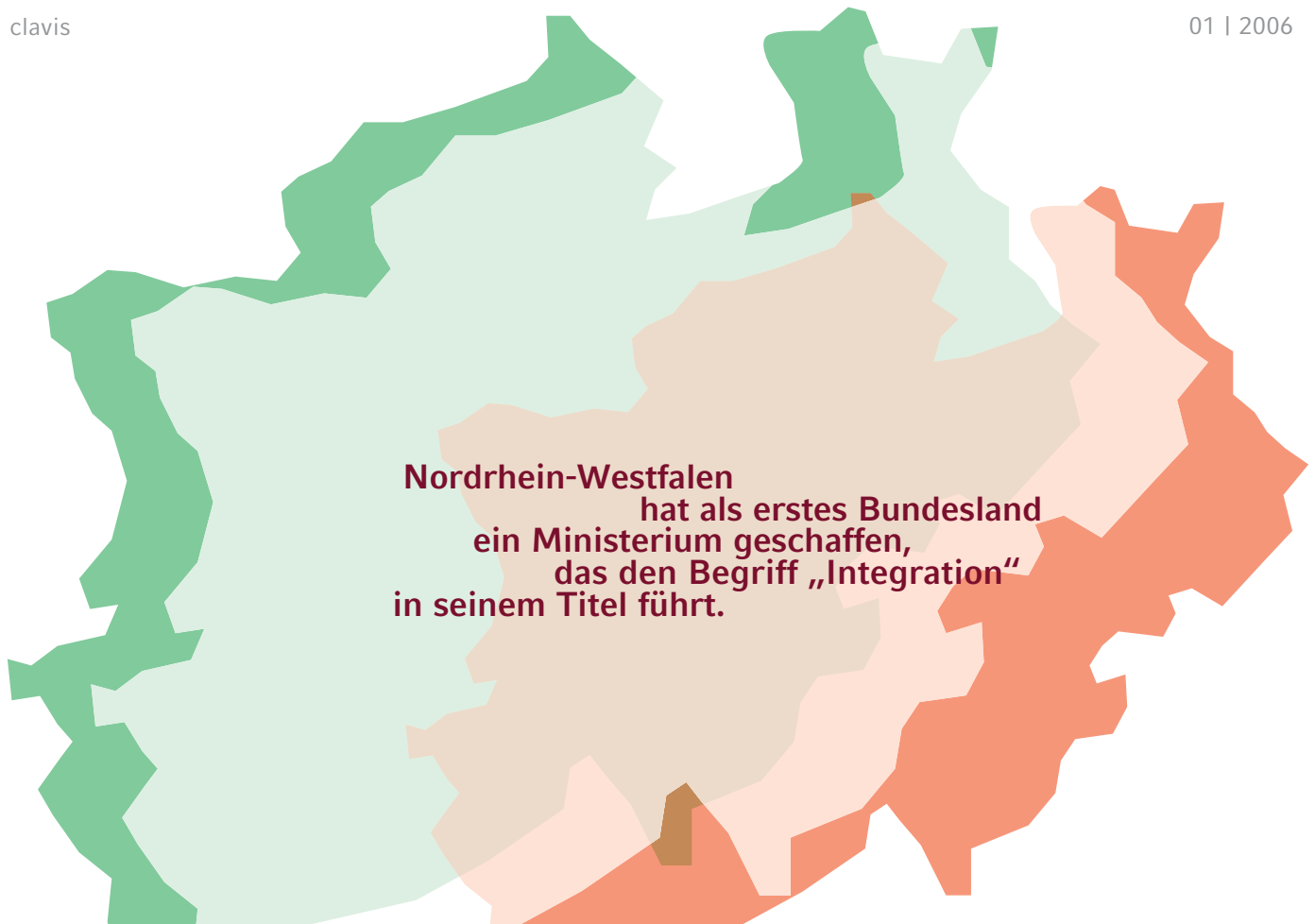
Zuwanderungsgeschichte führt – unabhängig von jeglicher weiterer Zuwanderung – dazu, dass der Anteil der Zugewanderten an unserer Bevölkerung zunimmt.

Deshalb ist die Minderung der Risiken von Zuwanderung durch deren Steuerung und die gleichzeitige Nutzung ihrer Chancen durch systematische Integration ein Gebot für eine Politik, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern will. Und deshalb hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland ein Ministerium geschaffen, das den Begriff „Integration“ in seinem Titel führt.

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat die Integration als Politikfeld von zentraler gesellschaftspolitischer Bedeutung ganz bewusst nicht in den innenpolitischen Kontext gestellt, in dem es auf Bundesebene und in einigen Bundesländern angesiedelt ist. Und er hat es ebenso bewusst aus dem sozialpolitischen Kontext gelöst, in dem es bislang in Nordrhein-Westfalen war. Der Ministerpräsident hat es mit der Verantwortung für die Bewältigung der anderen großen Herausforderung an unsere gesellschaftliche Wandlungsfähigkeit zusammengeführt: der Sicherung eines gerechten Zusammenlebens der Generationen. Deshalb ist unser Integrationsministerium zugleich ein politisches Signal.

Zwischen der Bewältigung des demografischen Wandels und der Integration der Zugewanderten gibt es eine enge Verknüpfung:

Sowohl die Solidarität zwischen den Generationen als auch die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte können nur dann gelingen, wenn die Integra-



**Nordrhein-Westfalen
hat als erstes Bundesland
ein Ministerium geschaffen,
das den Begriff „Integration“
in seinem Titel führt.**

tion in Ausbildung und Beschäftigung deutlich verbessert wird. Die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie, die dauerhaft niedrige Ausbildungsbeteiligung von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien und die besorgniserregende ausländerspezifische Arbeitslosenquote machen deutlich, dass hier noch vieles zu tun ist.

Der zentrale Schlüssel für den individuellen beruflichen Erfolg der Zugewanderten liegt in den Kenntnissen der deutschen Sprache. Hier ist jeder einzelne Zuwanderer gefordert. Ohne Bereitschaft zur Integration, ohne eigene Anstrengungen auch gegen Widerstände wird dem Zuwanderer und seiner Familie kein Erfolg beschieden sein. Klar ist aber auch: Die Politik hat eine besondere Verantwortung, die Voraussetzungen für gelingende Integration zu schaffen. Diese Verantwortung hat sie akzeptiert und auf Bundesebene mit der Schaffung obligatorischer Integrationskurse für Neuzuwanderer reagiert.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unternimmt darüber hinaus alle Anstrengungen, so früh wie möglich, nämlich bereits im Kindergarten, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Kinder mit Zuwanderungsgeschichte erfolgreich in ihre Bildungskarriere starten.

Für die gelingende Integration von Zugewanderten ist es aber nicht alleine ausschlaggebend, dass den vorhandenen Bildungsdefiziten begegnet wird. Mindestens ebenso wichtig ist es auch, dass diejenigen, die mit großen Anstrengungen in Schule, Studium und Berufsbildung erfolgreich sind, auch eine entsprechende Platzierung finden: in Unternehmen, in Verwaltungen, in Verbänden und in Organisationen.

Für die Überwindung von Bildungs- und Qualifizierungsdefiziten wie für den Abbau von Zugangsbarrieren für Qualifizierte kann der Staat, kann Politik den Rahmen setzen. Zur Erreichung ihrer Ziele aber ist sie auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen. Dabei spielen Verantwortungsträgerinnen und -träger in Industrie, Handel und Handwerk eine entscheidende Rolle.

Es gibt viele gute Beispiele, gerade auch in Nordrhein-Westfalen, dafür, dass Unternehmerinnen und Unternehmer, dass Selbstständige und Führungspersonlichkeiten unterschiedlicher Branchen und Sektoren ihre Mit-Verantwortung nicht nur akzeptieren, sondern sie engagiert und kreativ wahrnehmen.

Als Integrationsminister werde ich mein Amt auch dazu nutzen, diese guten Beispiele aufzuspüren, sie bekannt zu machen und sie nach Möglichkeit zu unterstützen.



Armin Laschet

Minister für Generationen,
Familie, Frauen und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen

Armin Laschet ist der erste und deutschlandweit einzige Minister für Integration.

Der 1961 geborene Aachener ist studierter Jurist und ausgebildeter Journalist. Bevor er das Ministeramt antrat, saß er als Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Brennpunkt Neukölln



Heinz Buschkowsky (57) ist seit dem 1. Dezember 2001 Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln, einem Stadtteil mit 300.000 Einwohnern – halb so viel wie die Banken- und Börsenmetropole Frankfurt. Der SPD-Politiker, selbst auf dem Problemkiez der heutigen Bundeshauptstadt geboren, spricht gerne aus, was er denkt, würzt das Ganze mit Alltagsbeispielen und formuliert sehr pointiert. clavis sprach mit dem Kommunalpolitiker über die Probleme seines Bezirks.

clavis: Herr Buschkowsky, Sie sind in Neukölln geboren und nie weggegangen. Wüssten Sie sich manchmal, in einem anderen Bezirk Bürgermeister zu sein. In einem Bezirk, der nicht so viele Probleme hat wie Ihrer?

Buschkowsky: Nein, ich bin gerne Bürgermeister von Neukölln, weil man in dieser Position durch Weckrufe Dinge bewegen kann. Dazu gehört aber auch, die schonungslose Beschreibung des Ist-Zustandes. Nur dadurch schaffe ich Problembewusstsein, nur dadurch ist es möglich, Politik zu stimulieren. Ein Bürgermeister ist der Anwalt seiner Einwohner. Das ist mein Job, dafür werde ich bezahlt. Wenn 30 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund einen höheren Abschluss schaffen, dann ist das sicherlich erfreulich, aber dann steckt dahinter auch das Problem, dass 70 Prozent die Schule ohne Abschluss oder mit dem einfachen Hauptschulabschluss verlassen.

Ihr Bezirk gilt als sozialer Brennpunkt.

Neukölln ist mehr als Bildungsferne und Integrationsprobleme. Viele verstehen gar nicht, wie ich hier arbeiten kann, aber ich komme sehr gut auch ohne Kettenhemd zur Arbeit. Und ich sage Ihnen: Man kann hier sehr gut leben.

In Neukölln leben Menschen aus 163 Nationen. Was halten Sie für unverzichtbar für das Entstehen eines Dialoges und das Gelingen der Integration?

Integrationsfeind Nummer eins ist die mangelnde Kommunikationsfähigkeit, also das Nichtbeherrschen der Landessprache. Problem Nummer zwei ist die Segregation und die dadurch entstehende Monostruktur in der Bevölkerung. Der Fluch dieser Gebiete ist, dass die Menschen, die den Weg in die Gesellschaft gefunden und sich erfolgreich integriert haben, spätestens dann wegziehen, wenn ihre Kinder schulpflichtig werden. In Neukölln-Nord findet eine ethnische und soziale Segregation statt: die Mittelschichten ziehen weg.

Ärgert sie das?

Ärgern ist das falsche Wort. Es ist fatal, ich würde es gerne verhindern, weil durch soziale Segregation das Milieu der Bildungsferne geschaffen und das Entstehen eines Quartiers gesellschaftlich marginalisierter Gruppen forciert werden. Hinzu kommt, dass diese Gruppen auf einem sehr niedrigen Level aufeinander



treffen. Das provoziert Revierverhalten und daraus resultierende Rangkämpfe um das Sagen im Viertel. Segregation ist integrationsfeindlich.

Wie wollen Sie Segregation verhindern?

Wenn in der Klasse der Lehrer fragt, ob zumindest ein Elternteil arbeiten geht, und es geht nicht ein Arm hoch, dann sehen Sie das Problem. Da wird das Nichtteilhaben am wirtschaftlichen Leben schon bei den Kindern als Normalzustand adaptiert. Das Geld kommt vom Amt. Die Kinder lernen keine unterschiedlichen Lebenswelten kennen und entwickeln daher keine eigenen Lebensentwürfe. Deswegen ist Segregation, also die Dokumentation des sozialen Abstiegs, gesellschafts- und kommunalpolitisch eine Katastrophe, weil nur die übrig bleiben, die es nicht geschafft haben oder es auch gar nicht schaffen wollen. Unsere Aufgabe ist es, den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie es dort, wo sie wohnen und leben, gut haben und dass die Gesellschaft ihnen die Chance für ein selbst bestimmtes Leben bietet. Die Identifikation mit dem Wohnort Neukölln muss gestärkt werden.

In Neukölln sind etwa ein Drittel der Bewohner Zuwanderer. In der Kernstadt liegt der Migrantenanteil bei rund 50 Prozent.

Wie wollen Sie die Integration vorantreiben?

Die Lösung liegt in der Bildung. Mit Analphabetismus kommt man in unserer hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft nicht weit. Bildung ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Hierbei kommt der vorschulischen Erziehung bei Sprache und Kreativitätsentwicklung die entscheidende Bedeutung zu. Das müssen die Eltern im Interesse der Zukunft ihrer Kinder begreifen. Zur Not müssen wir hier dirigistischer vorgehen als in der Vergangenheit. Je mehr Bildung wir in den Kopf eines jungen Menschen kriegen, desto weniger wird er eine Parallelwelt spannend und interessant finden. Nationalistischer und religiöser Fanatismus oder die organisierte Kriminalität verlieren so ihre Anziehungskraft.

Glauben Sie an den Erfolg der Integrationsbemühungen?

Natürlich gibt es unzählige Beispiele für erfolgreiche Integrationskarrieren. Aber

DIHK

STATEMENT



Martin Wansleben,
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen
Industrie- und Handels-
kammertages (DIHK)

Der Zugang zu Bildung und Arbeit ist neben der sozialen Integration der Erfolgsindikator für eine gelungene Integration. Die deutsche Wirtschaft leistet hier einen entscheidenden Beitrag: Sie sorgt für die berufliche Ausbildung und stellt den weit überwiegenden Teil der Ausbildungsplätze zur Verfügung. Migrantinnen und Migranten profitieren davon. In den vergangenen zwei Jahrzehnten engagieren sich diese aber nicht nur als Arbeitnehmer, sondern immer häufiger auch als Unternehmer. Für den DIHK ist das Thema „Integration in Ausbildung und Arbeit“ oben auf der Agenda. Integration ist auch eines der zentralen Themen des Ausbildungspaktes der Wirtschaft mit der Bundesregierung. Mit zahlreichen Aktivitäten trägt die Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern zur Aufklärung bei.

STATEMENT



Integration beginnt im Kopf

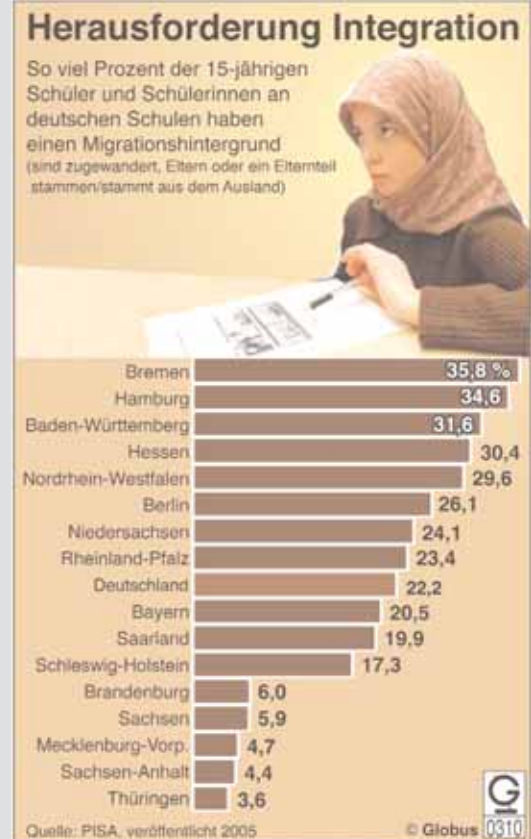
Rund 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland. Die Kontakte und Begegnungen zwischen Deutschen und Zuwanderern sind genauso vielfältig wie die Nationalitäten und Kulturen. Seit vielen Jahren engagiert sich die Caritas in der Arbeit für und mit Migranten. Die Migrationsdienste der Caritas beraten und unterstützen Betroffene und arbeiten in enger Kooperation mit Kommunen, Ämtern, Bürgervereinen und Kirchengemeinden. Die Caritas sieht es als Teil ihrer anwaltschaftlichen Verantwortung, die Integration von Migranten in unsere Gesellschaft zu unterstützen. Die Caritas will einen Beitrag leisten, bestehende Ängste abzubauen und die gegenseitige Wertschätzung und Akzeptanz zu stärken. So kann der Blick auf das Gemeinsame helfen, mit den Unterschieden besser umzugehen.

Neukölln

In Neukölln leben 304.000 Menschen, etwa ein Drittel sind Zuwanderer, in der Kernstadt liegt der Migrantenanteil bei rund 50%, 80% der jugendlichen Straftäter sind Migranten, 70% der Migrantenkinder verlassen die Schule ohne Abschluss, in Kindertagesstätten und Schulen haben bis zu 80-100% der Kinder einen Migrationshintergrund. Neukölln gilt als sozialer Brennpunkt.

Soziostrukturdaten

Einwohner insgesamt:	304.000
Migranten:	100.000
Arbeitslose:	27,4%
Ohne Einkommen:	18%
Einkommen unter 700€:	47%
Bedarfsgemeinschaften Hartz IV per 1.000 Einwohner:	139
Befreiung Lernmittelanteil:	35%
Schüler ohne Schulabschluss:	19%



leider gibt es auch zu viele Beispiele für das Gegenteil. Integration ist harte Arbeit für die Gesellschaft und für den Einzelnen. Es gibt sie auch nicht zum Nulltarif. Denjenigen, der sich bewusst nicht integrieren will, den erreichen wir sowieso nicht.

Und wie erreichen Sie die, die wollen?

Wir haben z.B. in Neukölln ein Projekt etabliert, das heißt Stadtteilmütter. Das sind 30 Migrantinnen, die in Erziehung, Bildungswesen und Gesundheitswesen ausgebildet sind. Die Stadtteilmütter nehmen gezielt Kontakt mit Familien auf, die keinerlei Kontakte nach außen haben. Sie sind sehr erfolgreich, weil sie authentisch sind. Sie öffnen die Türen, die sonst verschlossen bleiben. Das Projekt ist so erfolgreich, dass wir die Zahl der Stadtteilmütter verzehnfachen wollen.

Welche Strategie verfolgen Sie, um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu forcieren?

Wir müssen die Menschen erreichen und aus der zusammengewürfelten Bevölkerung, die in den letzten 30 Jahren hierher gekommen ist, Nachbarn machen. Zum Beispiel durch die Einbeziehung der Migrantinnenorganisationen. Wir fördern ein Projekt Bürger für Bürger im Rathaus: Ich

habe zwei Migrantinnenorganisationen Büro, Telefon und Computer zur Verfügung gestellt. Nun arbeiten sie hier ehrenamtlich, sind die Anlauf- und Beratungsstelle für Migranten – sehr engagiert und anerkannt. Das funktioniert reibungslos und kostet den Steuerzahler so gut wie nichts.

Wie forcieren Sie das zweite große Problem, das Nichtbeherrschen der Landessprache?

Wir haben letztes Jahr ein Sprachzentrum geschaffen, in dem wir ständig 1.700 Menschen schulen. Nachdem es schon wieder völlig überlaufen ist und wir viele abweisen müssen, die Deutsch lernen wollen, sind wir gerade dabei, noch in diesem Jahr ein zweites Sprachzentrum zu errichten.

Wie lautet Ihre Strategie, um die Jugendkriminalität zu bekämpfen?

Wir haben vor zwei Jahren in Neukölln ein Jugendrechtshaus eingerichtet. Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter, Sozialarbeiter arbeiten dort ehrenamtlich mit den Jugendlichen zusammen und erörtern Fallbeispiele. Es geht um Gewaltprävention und um die Fragen: Was passiert, wenn? Was droht dir, wenn du eine Straftat begangen hast? Schulklassen erzählen eine Straftat aus ihrem täglichen Leben,

aus dem wird ein Rollenspiel. Ein richtiges Ermittlungsverfahren wird durchgeführt und Täter wie Zeugen zur Polizei vorgeladen. Es gibt eine Anklageschrift, eine Anhörung im Gerichtssaal, ein Urteil mit echten Richtern, echten Staatsanwälten, echten Polizeibeamten.

Und das Ergebnis?

Die Jugendkriminalität ist in diesem Gebiet um 30 Prozent zurückgegangen.

Was macht sie optimistisch, die Probleme in den Griff zu bekommen?

In Problemgebieten wie Neukölln würden Wirtschaftsfördermaßnahmen für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen helfen. In Neukölln-Nord leben hauptsächlich Menschen mit Anlernqualifikation. Niedrig Qualifizierte, die in einer Dienstleistungsgesellschaft kaum nachgefragt werden, außer im Facility Management. Da stellt sich die Frage, ob man Anleihen aus dem Rotterdamgesetz aufnehmen kann, gezielt in dieses Gebiet zu investieren und dieses mit staatlichen Anreizen zu versehen. Hoffnungsträger für Neukölln ist der neue Flughafen Berlin-Brandenburg International. Der bringt 30.000 bis 40.000 Arbeitsplätze.

Das Interview führte Dieter Müller.

NACHRICHTEN



Immer mehr Ältere

Die Zahl der über 60-jährigen Ausländer in Deutschland wächst kontinuierlich auf 1,3 Millionen (2010) und 2,8 Millionen (2030). Fast jeder vierte Einwohner in NRW hat einen Migrationshintergrund, also Wurzeln im Ausland. Diese Zahl – 22,9 Prozent oder 4,1 Millionen Menschen – gab das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik bekannt.

Erfolgreiche Bewerbungen

Drei von vier jugendlichen Ausländern bewerben sich nach dem Ende ihrer Schulzeit erfolglos um einen Ausbildungsplatz. Auch die Ausbildungsquote junger Menschen mit ausländischem Pass ging von 34 Prozent im Jahr 1994 auf 25 Prozent im Jahr 2004 zurück, während sich 2004 59 Prozent der einheimischen Jugendlichen in einem Ausbildungsverhältnis befanden. Das geht aus einer repräsentativen Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) hervor. Die Studie nennt als Ursachen für diesen Trend das deutsche Schulsystem, das kaum Sprachkurse und andere gezielte Förderung anbietet. Weiterhin ursächlich laut der Studie sind die geringeren Bildungschancen für Kinder, sowie Betriebe und Verwaltungen, die Bewerbern ohne Migrationshintergrund den Vorzug geben.

Hertie-Stiftung: Innovative Strategie

Begabte und gesellschaftlich engagierte Zuwandererkinder sollen gezielt unterstützt werden, damit sie das Abitur erreichen. Diese jungen Menschen müssen eine faire Chance bekommen. Vor diesem Hintergrund hat die Hertie-Stiftung vor drei Jahren das Projekt START ins Leben gerufen, um in Deutschland gezielt eine junge Einwanderer-Elite aufzubauen. START ist ein

Schülerstipendium für begabte Zuwandererkinder und -jugendliche. Durch Stipendien sollen ihre Bildungschancen erhöht werden.

Im START-Programm werden zurzeit insgesamt 266 Schülerinnen und Schüler aus 53 Herkunftsländern gefördert. START wird von über 50 Partnern – Stiftungen, Ministerien, Städten, Kommunen, Vereinen, Unternehmen und Privatpersonen – getragen. Dieses Projekt wurde innerhalb von drei Jahren eine bürgergesellschaftliche Gemeinschaftsinitiative aus der Mitte der Gesellschaft. www.start.ghst.de

Auf Kultur einlassen

Yoojin Boo aus Korea ist Bäckerin. Sie ist 27 Jahre alt und lebt in Stuttgart. „Wenn Ausländer bereit sind, sich auf die Deutschen und ihre Kultur einzulassen, gibt es kein Problem“, sagt sie. Für sie ergibt sich das Miteinander durch die Sprache: „Wenn man die Sprache richtig lernt, weiß man auch, was die Leute für wichtig halten. Anfangs denken viele Ausländer, dass die Deutschen sehr verschlossen sind. Aber in ihrem Herzen sind sie bereit, Fremde aufzunehmen. Wir Koreaner sind eher wie Italiener oder Franzosen – sehr temperamentvoll und spontan. Die Deutschen machen erst einen Plan, den sie dann erfüllen. Der Beruf ist wichtig, um in eine Gruppe zu gehören, wo es auch Einheimische gibt. In der Sprachschule gibt es nur Ausländer.“

Mittler der wirtschaftlichen Beziehungen

Türkisch-deutsches Wirtschaftsinstitut (TD-WIN) an der Hochschule Bremen eröffnet. Studien zufolge sind die Abschlüsse türkischer Studenten schlechter als die der deutschen Kommilitonen und die Studienzeiten länger. Daraufhin schlossen sich türkischstämmige Studenten zusammen, um den Studenten aus Migrantenfamilien eine Perspektive zu geben und deren Berufschancen deutlich zu verbessern. Funda Elmaz, Absolventin der Hochschule Bremen, ist eine der Mitbegründerinnen des Wirtschaftsinstitutes. Die engagierte Türkin ist Betriebswirtschaftlerin und sieht das Institut nicht nur als Hilfensteller für türkische Studenten, sondern auch als Mittler der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei.



Spanien

Tor zur Festung Europa

Von Gertrud Auf der Mauer

Der spanische Weg ist ein Sonderweg in Europa. Während Europa den Weg der Festung gewählt hat, leitet die Regierung Zapatero einen Politikwechsel ein, der an zwei zentralen Themen ansetzt: a) der Deckung der Arbeitskräftenachfrage in bestimmten Wirtschaftsbereichen und b) der Massenlegalisierung der irregulären Migranten.

Spaniens Südküste ist die tödlichste der Europäischen Union. Fast täglich werden an den Ferienstränden der Kanarischen Inseln und im Surfer-Paradies Andalusien Wasserleichen angeschwemmt. Auswanderungswillige „sin papeles“ (= Papierlose) aus Schwarz- und Nordafrika, die von mafïösen Banden in das „Tor zur Europäischen Union“ geschleust werden sollen und bei dem Versuch, auf seeuntüchtigen „pateras“ (Holzflößen) über die nur 14 Kilometer breite Meerenge von Gibraltar das spanische Festland zu erreichen, ihr Leben verlieren. Über eine „neue Route“ sind allein in den ersten drei Monaten 2006 mehr als 3000 Bootsflüchtlinge gekommen. Sie führt vom westafrikanischen Wüstenstaat Mauretanien zu den Kanarischen Inseln und von dort auf das iberische Festland, also nach Europa. Seinen bisherigen Höhepunkt erreichte der Exodus aus Afrika im Herbst 2005. In den Städten Ceuta und Melilla, spanische Exklaven an der Nordküste Afrikas, spielte sich monatelang ein Flüchtlingsdrama ab. Mehr als 2500 afrikanische Flüchtlinge hatten von Marokko aus die spanischen Grenzzäune überannt, acht Menschen kamen ums Leben,



Bildquelle: ullstein - AP

zahlreiche weitere wurden verletzt – darunter auch zwei spanische Polizisten. Bei der Rückführung der vor den Exklaven aufgegriffenen Flüchtlinge kam es zu tumultartigen Szenen. „Die Spanier wollen uns nicht, das ist ein rassistisches Land“, war da von den Afrikanern beim Abtransport zu hören.

Exklaven Ceuta und Melilla

Die an der Nordküste Afrikas gelegenen Städte Ceuta und Melilla gehören seit Jahrhunderten zu Spanien. Beide Städte sind heute Militärstützpunkte, deren Territorium auf der einen Seite ans Meer und auf der anderen an Marokko grenzt. Ceuta und Melilla haben jeweils rund 70.000 Einwohner, von denen etwa 85 Prozent spanischer Herkunft und 10 Prozent Muslime sind. Marokko erhebt Anspruch auf beide Städte. Doch selbst die muslimische Bevölkerung wünscht keine Vereinigung mit Marokko.

Tatsächlich sind in Spanien rassistische oder ausländerfeindliche Zwischenfälle jedoch kaum bekannt. Der kulturell bedingte Respekt der Spanier vor Fremden und Gästen spielt dabei ebenso eine

Marokkanerin unter der spanischen Flagge am Grenzübergang zwischen Spanien und Marokko in Ceuta, der spanischen Enklave an der marokkanischen Küste

Rolle wie die eigene Auswanderungserfahrung bis Mitte der 80er Jahre. Die wirtschaftlich oder politisch bedingte Migration hat eine lange Geschichte in Spanien. Neben der Kolonialmigration vom 16. bis 19. Jahrhundert verließen auch noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Hunderttausende Spanier ihr Land. In den 50er bis 70er Jahren wanderten 826.000 Spanier nach Lateinamerika aus. Allein in den 60er Jahren emigrierten etwa 650.000 nach Mittel- und Westeuropa, um dort als Gastarbeiter in der boomenden Industrie zu arbeiten. Das Ende der Franco-Diktatur, das Einsetzen des Demokratisierungsprozesses sowie der wirtschaftliche Aufschwung veranlassten zahlreiche Emigranten zur Rückkehr. Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1986 und das daraufhin nochmals verstärkte Wirtschaftswachstum erhöhten die Attraktivität Spaniens nicht nur für Rückkehrer, son-

dem auch für Einwanderer aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg

Im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1938) kämpften rund 40.000 Freiwillige aus aller Welt in den Internationalen Brigaden für die Republik und gegen die aufständischen Faschisten unter General Franco. „Wir im fernen Vaterland geboren, nahmen nichts als was wir im Herzen haben mit, doch wir haben die Heimat nicht verloren, unsere Heimat ist heute vor Madrid. Spaniens Brüder stehen auf der Barrikade; unsere Brüder sind Bauern und Proleten – Vorwärts Internationale Brigaden, hoch die Fahne der Solidarität!“ heißt es in einem zeitgenössischen Arbeiterlied.

Im Jahr 2004 hat Spanien Deutschland als Einwanderungsland Nummer eins in Europa abgelöst. Nach Angaben des Nationalen Statistischen Instituts (INE) betrug der Anteil offiziell registrierter Ausländer im Jahr 2000 noch lediglich 2,3 Prozent und zu Jahresbeginn 2005 bereits 8,4 Prozent. Bis 2010 rechnet das Institut mit einem weiteren explosionsartigen Anstieg auf bis zu 12 Prozent – eine Größe, die selbst die Einwanderungszahlen in den USA übersteigt. Hinzu kommen mindestens 1 Million irregulärer Zuwanderer in den Ballungszentren und in landwirtschaftlichen Regionen des Südens. Während bis 1994 noch die EU-Ausländer die Mehrheit der ausländischen Wohnbevölkerung stellten – darunter viele Senioren mit Wohnsitz auf Mallorca und anderen Tourismusregionen – sind es seit Mitte der 1990er Jahre vor allem die „Moros“ aus Nordafrika und „Latinos“ (primär Kolumbianer und Ecuadorianer).

Moros und Latinos

Der Name „Moros“ – wie die Nordafrikaner in Spanien abfällig genannt werden – geht zurück auf die Mauren, ein Berbervolk, das im Jahr 711 von Marokko übersetzte und die arabische Eroberung der Iberischen Halbinsel einleitete. Sowohl in der spanischen Architektur als auch in der Sprache hat sich das Erbe der Mauren niedergeschlagen. Architektonische Meisterleistungen wie die Alhambra entstanden unter maurischer Herrschaft.

Heute stellen die afrikanischen Staaten (vor allem Marokko) die größte Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung, gefolgt von den „Latinos“ (vorwiegend aus Ecuador und Kolumbien)



Bildquelle: ullstein - Reuters

Illegale Einwanderer aus Afrika, nachdem sie auf dem Meer vor den Kanarischen Inseln aufgegriffen wurden.

und den EU-Ausländern. Lateinamerikaner leben vor allem in den Ballungszentren und sind als Erntearbeiter, auf dem Bau oder als Hauspersonal – in Spanien bereits bei Mittelstandsfamilien üblich – beschäftigt. Marokkaner und andere Nordafrikaner finden vor allem auf den gigantischen Gewächshausplantagen in Südspanien Arbeit.

Trotz der steigenden Zuwanderung existierte in Spanien bis Mitte der 80er Jahre keine rechtliche Grundlage zur Regelung des Aufenthalts für ausländische Staatsangehörige, und auch nach Inkrafttreten des Ausländergesetzes 1985 blieb die Längst von der Realität überholte

Ceuta: spanische Hafenstadt an der marokkanischen Küste

Bildquelle: ullstein - AP



Vorstellung, nur Transitland für Migranten zu sein, Grundlage der spanischen Politik. Die weiterhin unsichere Rechtslage führte zu einem kontinuierlichen Wachstum der illegal in Spanien lebenden Bevölkerung. Darauf reagiert die spanische Regierung alle paar Jahre mit Regularisierungsprogrammen. Interessenten müssen seit zwei Jahren in einer spanischen Gemeinde gemeldet sein, einen gültigen Arbeitsvertrag vorweisen und nicht vorbestraft sein. Mit der größten Legalisierungswelle von Februar bis Mai 2005 leitete die Mitte-Links-Regierung unter Ministerpräsident José Luis Zapatero einen grundsätzlichen Politikwechsel ein. Rund 700.000 illegale Zuwanderer erhielten eine dauerhafte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Im Gegensatz zu früheren Legalisierungen stützte sich das Programm primär auf die Stellung der Migranten auf dem Arbeitsmarkt.

Neben dieser Massenlegalisierung umfasst das Gesetzespaket der Regierung Zapatero auch umfangreiche Integrationshilfen für Kommunen, eine bedarfsgerechte Quotenregelung und die Ausgabe befristeter Visa für Arbeitsmigranten, aber auch eine noch bessere Sicherung der EU-Außengrenze. Die konservative Opposition und andere EU-Staaten wie Frankreich warnen vor einer erhöhten Sogwirkung.

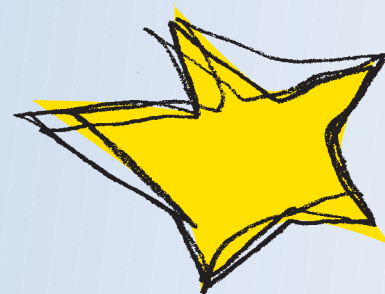
Erhebliche Probleme bereitet die Integration der Zuwanderer, da nach wie vor politische und praktische Integrationskonzepte fehlen. Die überwältigende Mehrheit der Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern verfügt über eine geringe Ausbildung, so dass sie hauptsächlich im Billiglohnbereich arbeiten müssen. Auf der politischen Tagesordnung bleiben die wachsende Armut unter den Einwanderern, die steigende Ausländerkriminalität sowie die Furcht der Bevölkerung vor ausländischen Terroristen, die das leicht zugängliche Spanien für ihre Zwecke nutzen könnten.

Staatsbürgerschaft

Voraussetzung für den Erwerb der spanischen Staatsangehörigkeit ist eine Mindestaufenthaltsdauer von 10 Jahren. Eine mehrfache Staatsbürgerschaft soll vermieden werden. Zwischen Spanien und einigen lateinamerikanischen Staaten bestehen jedoch Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung mehrfacher Staatsbürgerschaft.

Nationale Integrationsstrategien

Von Mario Peucker



Mario Peucker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des europäischen forums für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg.

EFFNATIS steht für „Effectiveness of National Integration Strategies towards Second Generation Migrant Youth in Comparative European Perspective“.



Europa versagt

Nach Meinung des Darmstädter Wirtschaftswissenschaftlers Horst Entorf versagt Europa im globalen Wettbewerb um kluge Köpfe. In den klassischen Einwanderungsländern Australien, Kanada, Neuseeland und USA seien Migranten nur selten von Schulsorgen geplagt. Häufig wiesen nachgeborene Kinder von Zuwanderern bessere Leistungen auf als der Nachwuchs der Einheimischen. Ganz anders in europäischen Ländern wie Frankreich, Niederlande, Großbritannien und Deutschland, wo mangelnde Ausbildungsfähigkeit ganzer Generationen bizarre Klassengesellschaften entstehen lässt. Entorf führt dies auf die ungesteuerte Einwanderungspolitik in Europa zurück. Anders beispielsweise wie Australien, das eine handverlesene Zuwanderungspolitik verfolgt, bei der lediglich hochqualifizierte Fachkräfte eine dauerhafte Arbeitsgenehmigung erhalten. Eine solche intelligente Steuerung habe auch die ehemalige rot-grüne Bundesregierung bei der Konzeption ihres Zuwanderungsgesetzes verfolgt, diese sei aber in wesentlichen Punkten verwässert worden.

Die politische wie auch die medial-öffentliche Debatte über die Integration von Migranten hat in Europa derzeit Hochkonjunktur. Während sich die Institutionen der Europäischen Union noch bemühen, Integrationspolitik als neues Politikfeld auf EU-Ebene zu etablieren und Schritt für Schritt zu harmonisieren (z.B. Elf-Punkte-Plan der EU-Innenminister oder das Haager Programm beschlossen im Herbst 2004), scheint sich die Integrationsdebatte selbst bereits europäisiert zu haben: Die Ermordung des islamkritischen Filmemachers Theo van Gogh in den Niederlanden oder die Jugendkrawalle in einigen französischen Vorstädten mit hohem Einwandereranteil im Herbst 2005 sind nur zwei besonders herausragende Beispiele dafür, wie nationale Ereignisse europaweite Diskussionen über Erfolg und Scheitern von nationalen Integrationsstrategien und -politiken auslösen. Dabei drängt sich die Frage auf, wodurch sich die einzelnen nationalen Integrationsmodelle auszeichnen, inwieweit sie sich voneinander unterscheiden und ob es womöglich ein besonders erfolgreiches Vorbild-Modell gibt.

Im Rahmen des dreijährigen Forschungsprojekts EFFNATIS hat das europäische forum für migrationsstudien (Universität Bamberg) zusammen mit einem internationalen Forscherteam die nationalen Integrationsmodelle in mehreren europäischen Ländern untersucht und ist dabei eben diesen Fragen nachgegangen.

Dazu wurde zum einen der Stand der Integration von jungen Migranten der zweiten Generation in Deutschland, Frankreich und Großbritannien empirisch untersucht; zum anderen wurden verschiedene nationale Integrationspolitiken analysiert und den Ergebnissen der empirischen Untersuchung vergleichend gegenübergestellt. Um die Wirkungsweisen der jeweiligen Integrationspolitiken und -strategien in ihrer Komplexität zu analysieren, erwies sich ein erweitertes Verständnis des Begriffs „Integrationsmodell“ als unerlässlich. Solche nationalen Integrationsmodelle – oder auch Integrationsweisen – umfassen grundsätzlich zwei Komponenten: (1) Konzepte, Maßnahmen und Praktiken, die speziell auf die Integration von Migranten ausgerichtet sind („spezielle Integrationspolitik“), und (2) allgemeine Rahmenbedingungen, institutionelle Strukturen und Mechanismen, die auf die Integration aller Gesellschaftsmitglieder abzielen („allgemeine Integrationspolitik“).

Die zentralen Ergebnisse der EFFNATIS Studie lauten: Erstens – ja, die Integrationsmodelle der untersuchten Länder unterscheiden sich deutlich voneinander. Um den Stand der Integration zu erklären, erwies sich der nationale Kontext als besonders aussagekräftige Variable, d.h. der nationale Kontext erklärt den erreichten Integrationsgrad mehr als Faktoren wie etwa Geschlecht, ethnischer oder familiärer Hintergrund. Es spielt demnach eine außerordentliche Rolle für die



Verläufe von Integrationsprozessen, in welchem Land junge Migranten aufwachsen. Zweitens – nein, kein nationales Integrationsmodell erwies sich in der empirischen Analyse als systematisch erfolgreicher als andere. Jedes der untersuchten Integrationsmodelle hat seine spezifischen Stärken, aber ebenso seine modellinhärenten Schwächen. Als Beispiel ein kurzer deutsch-französischer Vergleich der schulischen und beruflichen Integration.

Das Integrationsmodell Frankreichs zeichnet sich durch eine vergleichsweise erfolgreiche schulische Integration von Einwandererjugendlichen aus, d.h. beide Gruppen, Autochthone wie Migranten, erreichen hohe Bildungsabschlüsse und unterscheiden sich hinsichtlich dieser erworbenen Qualifikationen kaum. Dem stehen jedoch deutliche Schwächen bei der beruflichen Integration bzw. dem Übergang der jungen Migranten in den Arbeitsmarkt gegenüber. Die Arbeitslosenquote (und berufliche Perspektivlosigkeit) der jungen Einwanderer ist in Frankreich noch gravierender als in vielen anderen europäischen Ländern. In Deutschland liegen die zentralen Schwächen hingegen besonders bei der schulischen Integration von Migranten, die mit ihren Bildungsabschlüssen weit unter dem deutschen Durchschnitt bleiben. Andererseits gelingt die Integration in den Arbeitsplatz, wenngleich nicht problemlos, so doch deutlich besser als etwa in Frankreich.

Die EFFNATIS-Ergebnisse weisen darauf hin, dass die gesamtgesellschaftlich wirksamen Institutionen und Strukturen der „allgemeinen Integrationspolitik“, wie etwa das Schul- oder Ausbildungssystem, einen größeren Einfluss auf die Integrationsverläufe von jungen Migranten haben als spezielle Integrationsmaßnahmen und -konzepte. So gestaltet sich in Frankreich der Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt aufgrund mangelnder Übergangsinstitutionen für alle jungen Menschen als schwierig – wenngleich für Migrantenjugendliche in besonderem Maße. In Deutschland wiederum profitieren Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund vom allgemeinen Ausbildungssystem – wenngleich auch dies nicht für beide Gruppen in gleichem Umfang gilt. Ein weiteres Element der „typisch deutschen“ allgemeinen Integrationspolitik war und ist der konsequente Einschluss der Migranten in die wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitischen Institutionen, insbesondere der sozialen Sicherungssysteme; diese Form der Integration scheint die lange Zeit fehlende Integrationspolitik etwa im Bereich der politisch-rechtlichen Integration zum Teil kompensiert zu haben. Dies bedeutet aber auch: Verlieren diese allgemeinen Integrationsinstanzen und -mechanismen an Kraft – und darauf deuten etwa die sinkenden Ausbildungsquoten hin –, dann ist dies ein alarmierendes Signal, für die Integration der Migranten, aber auch für die Integration der gesamten Gesellschaft.

STATEMENT



Johannes Brandtstätter, Diakonie

Arbeitsmarktzugang ist der erste Schritt zur Integration. Flüchtlinge, besonders solche mit Fluchthintergründen von Krieg und Gewalt, bringen oftmals überdurchschnittlich hohe Qualifikation und Motivation mit. Ihr unsicherer Aufenthaltsstatus selbst bei absehbar langem Aufenthalt wirkt sich allgemein als Hemmnis aus und stellt ein Arbeitsmarkthindernis dar. Beim Zugang zum Arbeitsmarkt sollten jedoch alle faktischen Inländer gleich behandelt werden. Im Herkunftsland erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse sollten – gegebenenfalls in Verbindung mit Nachqualifizierungsangeboten – in vereinfachten Verfahren anerkannt werden.



STATEMENT

Arbeitsmarktintegration – Aufgabe für die Sozialpartner

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist wesentliche Voraussetzung für die Eingliederung in die Gesellschaft und Indikator für den Grad der Integration zugleich. Dies gilt für alle Bevölkerungsgruppen, für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie für Zugewanderte. In den 90er Jahren haben sich die Arbeitsmarktchancen, insbesondere von männlichen Aussiedlern, Männern türkischer Staatsangehörigkeit und im Ausland geborener Frauen verringert, ihre Beschäftigungsquoten sind deutlich zurückgegangen. Gründe dafür sind u. a. das zunehmende Missverhältnis zwischen vorhandenen und geforderten (Formal-)Qualifikationen sowie der Bildungsabstand zwischen der so genannten „zweiten Generation“ und den Kindern von Eltern ohne Migrationshintergrund.

Zur besseren Arbeitsmarktintegration kommen hinzu: die Schaffung sicherer Aufenthaltsperspektiven einschließlich Arbeitsmarktzugang, die Beseitigung bislang wenig erkannter struktureller Benachteiligungen insbesondere beim Zugang zur Berufsausbildung und der Ausbau der Fort- und Weiterbildung.

Volker Roßbocha, DGB-Bundesvorstand

UNTERNEHMEN

Die Stärken stärken

ThyssenKrupp Steel
setzt rund 70 Kulturmittler ein

Von Dieter Müller
Fotos: ThyssenKrupp Steel AG



Werkhafen Duisburg-Schwelgern



Leitstand Hochofen

„Wir begreifen Interkulturalität im Unternehmen als Stärke und als Chance für Kreativität und Wertschöpfung“, sagt Dieter Kroll, Arbeitsdirektor des in Duisburg ansässigen und global agierenden Konzerns ThyssenKrupp Steel. Der Konzern, bei Qualitätsflachstahl der zweitgrößte Produzent in Europa, weltweit der sechstgrößte, hat im Geschäftsjahr 2004/2005 mit 1,3 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern das beste Ergebnis in der Unternehmensgeschichte erzielt. Dank einer auf Effizienz und Effektivität ausgerichteten Strategie – heißt es im Geschäftsbericht. Dazu zählt auch das innovative und aufwändig betriebene Personalmanagement. „Wo Menschen fast den ganzen Tag miteinander verbringen, gibt es auch Vorbehalte, Konflikte und abschätziges Bemerkungen“, erklärt Annegret Finke. Sie koordiniert die Tätigkeit und die Ausbildung der rund 70 im Konzern eingesetzten Kulturmittler. „Wo Druck auf den Menschen liegt – es geht um den Standort, Arbeitsplätze und sogar Existenzen – knallt’s auch schon mal.“



Dieter Kroll, Mitglied des Vorstandes der ThyssenKrupp Steel AG, Arbeitsdirektor

Bei ThyssenKrupp Steel sind rund 30.000 Mitarbeiter beschäftigt. Etwa 16 Prozent der Belegschaft haben Migrationshintergrund. Verschiedene Kulturen am Arbeitsplatz – der Konzern sieht das als Vielfalt, Tradition und Gewinn, als eine große Stärke, die er weiter verstärken will. „Kulturmittler wissen, wie Kommunikation funktioniert. Sie sorgen dafür, dass sich die unterschiedlichen Kulturen besser verstehen“, unterstreicht Annegret Finke. Die 52-jährige

Betriebsrätin und erfahrene Kulturmittlerin, gelernte Buchhändlerin und seit über 30 Jahren im Konzern beschäftigt, bringt Menschen unterschiedlicher Kulturen durch, wie sie es ausdrückt, „kleine Tricks“ miteinander ins Gespräch.

Seit 1996 existiert bei ThyssenKrupp Steel eine Betriebsvereinbarung zur Förderung der Gleichbehandlung aller ausländischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen. „Diese Betriebsvereinbarung gibt uns den Rahmen für die Gestaltung eines aktiven Kommunikationsprozesses – nicht nur unter deutschen und ausländischen Mitarbeitern, auch unter Männern und Frauen, Jung und Alt oder über Hierarchien hinweg“, erklärt Arbeitsdirektor Dieter Kroll.

Rund 70 Kulturmittler sind bereits ausgebildet. Das geschieht aus der sozialen Verantwortung heraus, aber auch aus handfesten ökonomischen Erwägungen. „Wir versuchen das miteinander so zu gestalten, dass es für alle Beteiligten eine Win-win-Situation ist“, sagt Annegret Finke. Sie bezeichnet sich als „leidenschaftliche Kulturmittlerin“. Sie reist gerne. Bevorzugt nach Jordanien, Syrien und in den Libanon – das seien „unendlich reiche Kulturen“. Was ein Kulturmittler haben muss? „Neugier, Offenheit und Sensibilität sind die wichtigsten Eigenschaften“, antwortet Annegret Finke.

Integration findet vor Ort statt

Von Dieter Müller

In Städten und Gemeinden sind die Auswirkungen erfolgreicher, aber auch misslungener Integrationsbemühungen direkt zu spüren. Dort erfährt man schnell beide Seiten: Ob ein positives soziales Klima vorherrscht, ausgebildete Migranten sich in der Gemeinschaft engagieren, erfolgreich im Berufsleben stehen und von offenen und neugierigen Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft begleitet werden. Oder ob schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt besitzen, überforderte Nachbarschaften mit chaotischen Zuständen allein gelassen werden.

BELM – Patenschaften für Aussiedler

Als Belm, eine von 17 Gemeinden im Landkreis Osnabrück, in den 80er Jahren die erste große Einwanderungswelle von Aussiedlern und in den 90er Jahren die zweite erreichte, geriet die Gemeinde durch wachsende Wohnungsknappheit und finanzielle Notlagen stark unter Druck.

In Belm leben rund 14.000 Menschen. Der Zuwandereranteil liegt bei mehr als 20 Prozent, die meisten sind Spätaussiedler. Die Bürger Belms übernahmen Anfang der 90er erste Patenschaften für Aussiedler. Ein Netzwerk aus allen relevanten Akteuren entstand. Die hohe Vermittlungsquote der Teilnehmer in Qualifizierungsprogramme sowie Ausbildung und Beschäftigung sowie ein deutlicher Rückgang der Straftaten belegen den Erfolg des Integrationskonzeptes. Belm investiert zwei Drittel seines Budgets in Integrationsaufgaben.

Die Integration der Zuwanderer ist bedeutend nicht nur für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen – sie stellt auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Gelingt es, die Potenziale junger Migranten zu fördern, zu entwickeln und positiv zu nutzen? Eine entscheidende Frage, besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

HERSFELD-ROTENBURG – Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Hersfeld-Rotenburg ist ein ländlich strukturierter Kreis im Nordosten Hessens. Er besteht aus 16 Gemeinden und vier Städten, in denen rund 130.000 Menschen leben. Gut neun Prozent davon Zuwanderer, die meisten sind Spätaussiedler. In einigen Wohnvierteln machen Spätaussiedler teilweise die Hälfte aller Bewohner aus.

Der Landkreis entwickelte 1998 zusammen mit dem DGB und der Fachhochschule Darmstadt ein Projekt, um die Integrationssituation festzustellen und in einer netzwerkorientierten Integrationsarbeit Ressourcen zu bündeln. Neben dem Aufbau des Netzwerks wurde ein Arbeitskreis „Jugendliche Spätaussiedler“ gegründet. Daraus entstand 2001 das „Netzwerk für Integration“ in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern und dem DGB. Sprache, Arbeit und soziale Integration – auf diesen drei Säulen fußt die Integration.

STUTTGART – Standortfaktor für internationale Unternehmen

Wenn in Stuttgart von Integration die Rede ist, geht es in erster Linie um Internationalität als Standortfaktor und um Qualifizierungspotenziale in Zeiten des demografischen Wandels: Wenn soziale Interessen auch die Interessen der Wirtschaft sind, kann es nur Gewinner geben. Stuttgart, 589.000 Einwohner, etwa 132.000 ohne deutschen Pass, gehört zu den ersten deutschen Großstädten, die ein integrationspolitisches Gesamtkonzept entwickelt haben. Ziele des Integrationskonzeptes sind:

- Förderung der Partizipation und Chancengleichheit der Migranten
- Stärkung des Zusammenhalts
- Nutzung der kulturellen Vielfalt als Ressource
- kulturelle Aktivitäten
- flächendeckendes Angebot städtischer Sprachförderung
- Vermittlung des Wortschatzes, der Grammatik und der Kenntnisse zur Orientierung im deutschen Alltag.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern hat die Bertelsmann Stiftung 2004 den Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ durchgeführt, um bundesweit Städte, Landkreise und Gemeinden zu identifizieren, die bei der Integration der Migranten Hervorragendes leisten. Stuttgart, Solingen, der Landkreis Hersfeld-Rotenburg und die Gemeinde Belm sind prämiert worden.

„Bei der Auswertung des Wettbewerbs ist deutlich geworden, dass viele Städte und Kreise in den letzten fünf bis sechs Jahren begonnen haben, Integration nicht mehr als soziale



Foto: Bertelsmann-Stiftung, Thomas Kunsch

Reparaturaufgabe eines einzelnen Fachressorts zu betrachten. Vielmehr gehen sie die Aufgabe als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe strategisch an, indem umfassende Leitbilder und Handlungskonzepte auf den Weg gebracht wurden und werden“, erklärt Claudia Walther, die für die Bertelsmann Stiftung für diesen Wettbewerb zuständig war. Die Stiftung nennt drei Gründe für diesen Trend. Erstens den Paradigmenwechsel: Deutschland versteht sich als Einwanderungsland. Zweitens: Die Integration der deutschen Staatsangehörigen ausländischer Herkunft vollzieht sich nicht von selbst. Und drittens hat sich mit den neuen Steuerungsmodellen strategisches, systematisches und kundenorientiertes Herangehen in den Kommunen etabliert und wird auch auf die Integrationspolitik übertragen.

SOLINGEN – 40 Prozent Migranten im Jugendstadtrat

Bürgerbeteiligung spielt in Solingen eine wichtige Rolle. Migranten nehmen aktiv teil am sozialen und kulturellen Leben. Dass die Partizipation gelingt, zeigt sich auch in der Wahl zum Jugendstadtrat 2003: 40 Prozent der gewählten Vertreter waren Jugendliche mit Migrationshintergrund. Migranten bringen ihre Ideen ein für die Entwicklung eines gesamtstädtischen Leitbildes.

In Solingen leben rund 160.000 Menschen aus über 130 Herkunftsländern. Der Ausländeranteil liegt bei 14 Prozent, zählt man Aussiedler und eingebürgerte Zuwanderer dazu, ergibt sich eine Quote von über 20 Prozent.

Der Rat der Stadt beschloss 2001 ein „Interkulturelles Gesamtkonzept“. Eine Umsetzungsgruppe aus Zuwanderungs- und Integrationsausschuss sowie Wohlfahrtsverbänden bringt Transparenz in die Integrationspolitik.

„Integrationspolitik hat viele Erfolgsfaktoren, aber es gibt einige, die den Erfolg entscheidend stärken. Erfolgreiche Integrationspolitik funktioniert nie als reiner Verwaltungsakt einzelner Ämter, sondern am besten bei weitestgehender Einbindung der Zivilgesellschaft, mit dem Aufbau ehrenamtlichen Engagements und einem besonderen Fokus auf die sozialen Brennpunkte einer Kommune.“

Dr. Lale Akgün, Jurymitglied und MdB.

Die Bertelsmann Stiftung hat im Rahmen ihrer gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern durchgeführten Studie formuliert, wie eine erfolgreiche Integrationspolitik beschaffen sein könnte:

ZEHN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE INTEGRATIONSPOLITIK

1. Strategie und Konzeption entwickeln
2. Integration als Querschnittsaufgabe verankern
3. Politische Verbindlichkeit herstellen
4. Partizipation sicherstellen und bürgerschaftliches Engagement aktivieren
5. Netzwerke aufbauen
6. Auf Stadtteilebene planen und arbeiten
7. Handlungsfelder bearbeiten: Bildung und Sprache, Beschäftigung und Dialog
8. Arbeitgeber Kommune: die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorantreiben
9. Dienstleister Kommune: Zugangsbarrieren abbauen
10. Erfolge messen: Evaluation und Controlling



Strategien kommunaler Integrationspolitik; 1. Auflage 2005, 112 Seiten, Broschüre, ISBN 3-89204-869-X; Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 18,00€

Impressum

Herausgeber:
Die Herausgabe erfolgt im Rahmen des Projektes KP IQ, gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk e.V. (ZWH), Sternwartstraße 27-29, 40223 Düsseldorf.

Redaktion:
for mat gmbh,
Redaktion clavis
Drususstraße 13a
40549 Düsseldorf
info@clavis-magazin.de
www.clavis-magazin.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.):
Hermann Röder

Chefredaktion:
Gertrud Auf der Mauer

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Wolfgang Fehl,
Anke Göbels

Autoren:
Jürgen v. Bockum,
Dieter Müller,
Prof. Michael Bommes,
Minister Armin Laschet,
Mario Peucker

Konzeption und Gestaltung:
Markus Kossack, for mat gmbh

Anzeigen & Vertrieb:
for mat gmbh

Druck:
SET POINT Medien Schiff & Kamp GmbH, Kamp-Lintfort

Auflage: 15.000

Erscheinungsweise:
3-mal jährlich

Bezugsadresse (kostenfrei):
for mat gmbh
Redaktion clavis
Drususstraße 13a
40549 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für eingesandte Materialien kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.